

# Resolution

## Variante B

Die Oberbürgermeister der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und die Landräte der Landkreise Nürnberger Land, Fürth, Erlangen-Höchstadt und Roth halten die geplante Erhöhung der Bezirksumlage um 3,3 Prozentpunkte für nicht hinnehmbar. Im Hinblick auf die dramatische Haushaltslage sehen wir uns nicht in der Lage, eine erhöhte Bezirksumlage zu tragen.

Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses im Dezember 2003 hat zu keiner wirksamen Entlastung der Städte geführt. Um eine zukunftsfähige Städtelandschaft zu gewährleisten, sind höhere Steuereinnahmen erforderlich, andererseits sind neue Aufgabenbelastungen zu vermeiden.

Der Bezirk Mittelfranken wird aufgefordert, alle Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen und weitere Kostensenkungen einzuleiten, um eine Erhöhung der Bezirksumlage zu verhindern. Kein Verständnis besteht dafür, dass der Bezirk den erwarteten Verlust 2003 in Höhe von 17 Mio. € im Haushaltsplan 2004 abdecken will. Hierdurch schafft sich der Bezirk Liquiditätsvorteile auf Kosten seiner Umlagezahler. Die KommHV ermöglicht eine Veranschlagung erst im Haushalt 2005. Deshalb wird der Bezirk aufgefordert, den Fehlbetrag 2003 erst im Haushaltsplan 2005 zu veranschlagen.

Wir sind mit dem Bezirk Mittelfranken einig, dass ein neuer Verteilungsschlüssel für die bayerischen Bezirke zu keiner Lastenverschiebung zum Nachteil des Bezirks Mittelfranken ausfallen darf. Der weit überdurchschnittlich hohe Anteil der Betreuung ausländischer Mitbürger muss bei der Verteilung angemessen berücksichtigt werden.

Die Oberbürgermeister:

Dr. Ulrich Maly  
(Stadt Nürnberg)

Dr. Thomas Jung  
(Stadt Fürth)

Dr. Siegfried Balleis  
(Stadt Erlangen)

Hartwig Reimann  
(Stadt Schwabach)

Die Landräte:

Dr. Gabriele Pauli  
(Landkreis Fürth)

Helmut Reich  
(Landkreis Nürnberger Land)

Eberhard Irlinger  
(Landkreis Erlangen-Höchstadt)

Herbert Eckstein  
(Landkreis Roth)